Martin Konecny

Syriza unter Druck

Zu den strategischen Perspektiven des linken Regierungsprojekts in Griechenland

Der Ausgang des linken Regierungsprojekts in Griechenland ist nicht nur für Griechenland zentral. Gelingt es Syriza, im Rahmen der Eurozone einen gesellschaftlichen Transformationsprozess einzuleiten, dann öffnet das für Linke in ganz Europa neue Räume und lässt Alternativen auch in anderen Ländern möglich erscheinen. Ein Scheitern wiederum würde die Linke in ganz Europa um Jahrzehnte zurückwerfen – das wissen auch die Herrschenden. Zugleich wird die Auseinandersetzung um Griechenland das Bild, das wir uns als Linke von der EU machen, nachhaltig prägen. Die unterschiedlichen Thesen, die zur EU im Raum stehen –, ob sie grundsätzlich veränderbar ist, oder das zentrale Hindernis für gesellschaftliche Transformation darstellt – all das wird sich nun in der Praxis klären.

Im Folgenden werde ich die europäischen und internationalen sowie die nationalen Kräfteverhältnisse und Bedingungen skizzieren, unter denen Syriza und die von ihr geführte Regierung gerade operiert. Aus dem „strategisch selektiven Kontext" (Hay 2002: 128) ergeben sich dann die unterschiedlichen Szenarien und Handlungsoptionen für die nahe Zukunft. Meine Analysen basieren dabei auf meiner Beschäftigung mit dem Thema im Rahmen der Solidaritätskampagne „Griechenland entscheidet" sowie regelmäßigen Kontakten mit AktivistInnen von Syriza und zu den sozialen Bewegungen in Griechenland.

Die europäische Dimension

Syriza verfolgt eine Transformationsstrategie *innerhalb* der Eurozone. Der Bruch mit der Austerität soll von Griechenland aus europäisiert werden. Indem Syrizas Führung immer erklärte, in der Eurozone verbleiben zu wollen, fehlt ihr aber schließlich auch das Mandat, einen Plan B zu verfolgen (vgl. Candeias/Völpel 2014: 193). Diese Orientierung ist durchaus fragwürdig. Zwar ist sie insofern verständlich, als es sowohl nach innen wie nach außen eine beruhigende Wirkung hat. Zugleich führt sie aber auch dazu, dass Syriza auf ihr zentrales Drohpotenzial

PROKLA. Verlag Westfälisches Dampfboot, Heft 179, 45. Jg. 2015, Nr. 2, 325 – 337

in den Verhandlungen verzichtet. Die ganze Verhandlungsstrategie von Syriza basiert damit auf der Annahme, dass es innerhalb der Eurozone und der europäischen Institutionen Widersprüche gibt, die es zu seinem eigenen Vorteil ausnutzen kann (vgl. Mittendrein/Schwarz 2014). Tsipras' frühzeitigen Besuche bei Renzi, Hollande, dem österreichischen Kanzler Werner Faymann und EZB-Chef Draghi verweisen auf diese Hoffnung. Die Analyse Syrizas ist dabei, dass diese Akteure Interessen haben, die sich kurzfristig mit den eigenen überschneiden. Einerseits wird etwa angenommen, die französische und italienische Regierung haben selbst ein Interesse an der Aufweichung der engen budgetpolitischen Spielräume, andrerseits würden sie sich in ihrem Kampf gegen die Deflation mit Griechenland kurzfristig verbünden. Diese Hoffnungen haben sich bislang nicht bestätigt. Ganz im Gegenteil scheinen sich die strategischen Annahmen in der Realität nicht zu bestätigen.

Spielräume für linke Politik im „autoritären Wettbewerbsetatismus"

Ob Syriza innerhalb der Eurozone bestehen kann, hängt auch von den Spielräumen ab, die es für linke Politik innerhalb der Eurozone gibt. Obwohl große Teile der Linken sich positiv auf Europa als scheinbaren Gegensatz zum Nationalstaat beziehen, sind der Binnenmarkt und die Wirtschafts- und Währungsunion ein neoliberales Klassenprojekt, das die Spielräume für linke Wirtschaftspolitiken von vornherein im Sinne eines „neuen Konstitutionalismus" (Gill 2001: 47) einschränkt. Mit den Verschärfungen der European Economic Governance (vgl. Konecny 2012) wurden nicht nur Spielräume weiter eingeschränkt, sondern ein zunehmend autoritäres Korsett für Budget- und Wirtschaftspolitik geschaffen. Dieses ging einher mit der Stärkung von Staatsapparaten wie der Generaldirektion Wirtschaft- und Finanzen in der EU-Kommission, der EZB sowie unabhängigen Aufsichtsorganen auf nationalstaatlicher Ebene, die die herrschende Austeritätspolitik vor dem Zugriff demokratischer Entscheidungen und popularen Bewegungen absichern soll. In diesem Sinn kann von einem „autoritären Wettbewerbsetatismus" (Oberndorfer 2012) gesprochen werden. Dabei ist zentral, dass die jüngste Reform der Economic Governance in direktem Zusammenhang mit der Krisenpolitik in Griechenland steht. Die Debatte über die Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes hat unmittelbar im Kontext der griechischen Krise stattgefunden. Es war dabei die Krise in Griechenland im Speziellen, durch die es den Herrschenden gelungen ist, eine Krise des Finanzsektors diskursiv in eine Krise der öffentlichen Haushalte umzudeuten – die sie durch die Sozialisierung der Verluste des Bankensektors auch tatsächlich geworden ist. In dieser

Hinsicht ist Griechenland daher zentral für die gegenwärtige Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion.

Für Griechenland ist die derzeitige Economic Governance nicht unmittelbar relevant, da die politischen Spielräume ohnehin durch die Konstruktion der Troika bestimmt sind. Allerdings würde ein Bruch mit der Troika auch das austeritätspolitische Regime auf europäischer Ebene infrage stellen. Die Herrschenden sind sich dessen natürlich bewusst. Vor diesem Hintergrund sind auch die Spielräume innerhalb der Eurogruppe stark begrenzt.

Die Eurogruppe

Zur zentralen Arena des Konflikts über einen Politikwechsel in Griechenland wurde in den vergangenen Wochen und Monaten die Eurogruppe. Damit ist es der neuen Regierung gelungen, den Konflikt auf eine politische Ebene zu heben. Dennoch bewegt sich die griechische Regierung auch in der Eurogruppe auf einem relativ ungünstigen Terrain. Denn dort treffen sich mit den FinanzministerInnen der Eurozone die VertreterInnen jener Staatsapparate, denen die neoliberale Logik im Sinne der European Economic Governance am tiefsten eingeschrieben ist. Dasselbe gilt für die Eurogruppe als schwach ausgeprägtem europäischem Staatsapparat. Mit Jeroen Dijsselbloem als Vorsitzendem und Thomas Wieser auf administrativer Ebene finden sich dort zwei Vertreter an der Spitze, die beide eine wichtige Rolle in der Verschärfung der Economic Governance einnehmen. Dennoch hat sich die Eurogruppe nicht als monolithischer Block präsentiert. „Uneinigkeit herrscht allerdings nicht darüber, ob das neoliberale Projekt gerettet werden muss – da sind sich die Herrschenden weitgehend einig. Widersprüchlich sind jedoch die Einschätzungen darüber, wie das gelingen kann." (Oberndorfer 2015) Auf der einen Seite steht die deutsche Bundesregierung. Sie hat sich unter der Führung von Wolfgang Schäuble bisher weitgehend kompromisslos gezeigt. Dabei agiert die deutsche Regierung einerseits im Interesse der von ihr zunehmend mit durchgesetzten Verfasstheit Europas und im Einklang mit einer veröffentlichten Meinung, die auf rassistischen und chauvinistischen Bildern basiert.

Zugleich greift es aber zu kurz, die Auseinandersetzung auf einen Konflikt zwischen der griechischen und deutschen Regierung bzw. zwischen letzterer und einem nordeuropäischen Block zu reduzieren. Noch schärfer als Deutschland ist in der Eurogruppe Spanien (und Portugal) aufgetreten (vgl. *Financial Times*, 22.3.2015). Hier wird deutlich, dass es vor allem um die Frage geht, ob ein Bruch mit der Austeritätspolitik möglich ist. Die spanische Regierung, selbst unter Druck durch den Aufstieg von Podemos, hat noch mehr als die deutsche ein Interesse daran, den Beweis zu erbringen, dass dieser Bruch nicht möglich ist.

Wirkliche Verbündete in der Eurogruppe gibt es nicht, wohl aber Regierungen, die zu Zugeständnissen bereit sind. Neben der französischen zählt dazu vor allem die italienische Regierung. Renzi verfolgt zwar keine linke Politik, aber er steht unter Druck seines linken Parteiflügels und hat ein Interesse daran, den Austeritätskurs im Sinne seines neoliberalen Modernisierungsprojektes aufzuweichen. Positive Signale aus dieser Richtung haben sich bisher aber nicht in reale Unterstützung übersetzt (vgl. Renner 2015: 7).

Trotz der Widersprüche innerhalb der Eurogruppe ist es bislang nicht gelungen, eine nachhaltige Einigung mit den Gläubigerstaaten zu erzielen. Die Einigung vom 20. Februar 2015 war nur eine Verschiebung innerhalb der Auseinandersetzung. Sie stellte zwar einen (taktischen) Rückzug seitens der griechischen Linksregierung dar (vgl. Badiou/Kouvelakis 2015) und zwar insofern, als die Troika weiterhin als institutionelles Set bestehen blieb (auch wenn sie nicht mehr so genannt werden soll). Inhaltlich hatte die Einigung vom 20. Februar aber keine unmittelbare Ausrichtung. Die „kreative Ambiguität", von der der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis spricht, gilt dabei in jedweder Richtung. Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble meinte nur wenige Tage nach dem 20. Februar, dass das Memorandum nach wie vor gültig ist und Griechenland lediglich zusätzliche Reformen vorlegen 'dürfe' (*Handelsblatt*, 25.2.2015). Aus Perspektive der griechischen Regierung ist der Inhalt ein gänzlich anderer: Das Memorandum ist Geschichte, nun müsse man sich auf ein Sofortprogramm für die Zeit bis Ende Juni 2015 einigen.

Im Ergebnis bedeutet die Einigung, dass jede Maßnahme, die die griechische Regierung beschließt, zum Gegenstand der Auseinandersetzung zwischen Griechenland, der Troika und den Gläubigern wird. Im Kampf um die Freigabe der verbliebenen Mittel des Bailouts geht es nun um die sogenannte Reformliste. Syriza hat schon vor den Wahlen akzeptiert, dass das Budget konsolidiert werden muss. Die Partei besteht aber darauf, dass diese Konsolidierung wesentlich einnahmenseitig nicht zuletzt gegen die Interessen der Reichen und wichtiger Kapitalgruppe geschehen soll (vgl. Schwarz 2015). Die an die Öffentlichkeit gelangte Reformliste von Ende März (*Kathimerini*, 1.4.2015) sieht beispielsweise den Kampf gegen Steuerflucht, Luxussteuern oder Lizenzgebühren für die mächtigen privaten Fernsehsender vor (ebd.). Damit stellt sie die Austeritätspolitik infrage. Obwohl die griechische Regierung entgegen der allgemeinen Medienberichterstattung und den Vorwürfen aus der Eurogruppe durchaus über konkrete Vorschläge verfügt, hat sie durch die Art ihrer Kommunikation bislang selbst zu einer Technokratisierung der Debatte beigetragen. Anstatt sich an verschiedene nationale Öffentlichkeiten zu wenden, lässt man sich voll auf das feindliche Terrain der Eurogruppe, seiner Spielregeln und Sprache ein. Diese Strategie hat bisher nicht dazu geführt, dass sich Widersprüche in der Eurogruppe

vergrößert haben. Denn für die zentralen Akteure in der Eurogruppe stehen nicht die konkreten wirtschaftlichen Maßnahmen auf dem Spiel. Vielmehr geht es ihnen um die Fortsetzung des neoliberalen Politikmodells selbst. Ein Abweichen vom bisherigen Weg würde nicht nur die letzten fünf Jahre Krisenpolitik delegitimieren, sondern auch die politökonomischen Grundannahmen, die einer zunehmend neoliberalen und autoritären Euroarchitektur zugrunde liegen, ins Wanken bringen. Eine weitergehende politische Alternative zu verhindern, ist im Augenblick die verbindende Motivation der Eurogruppe.

Die Troika ist zurück

Die Troika, bestehend aus IWF, EZB und Europäischer Kommission, ist nach wie vor ein Akteur in der Auseinandersetzung. Zwar ist die Eurogruppe nun zum zentralen Schauplatz der Auseinandersetzung geworden, aber nach wie vor sind es diese drei Institutionen, die mit der griechischen Regierung über das wirtschaftspolitische Programm verhandeln und somit auch einen Puffer zur Eurozone darstellen. Die Institutionen versuchen auch, ihren Einfluss auf die Tagespolitik zu behalten bzw. wieder auszuweiten. An die Öffentlichkeit ist dabei folgendes Beispiel gelangt. Mitte März, am Abend, bevor das griechische Parlament ein erstes Gesetz zur Bekämpfung der humanitären Krise beschließen wollte, erhielt die Regierung ein Schreiben von Declan Costello, dem Direktor der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen innerhalb der Europäischen Kommission. In dem Schreiben von Costello heißt es, dass dieses Gesetz erst mit den Institutionen im Rahmen eines Gesamtpakets diskutiert werden müsse. Ein Beschluss des Gesetzes würde hingegen als „unilaterales Vorgehen" gewertet und käme daher einem Bruch der Vereinbarungen mit der Eurozone gleich (Mason 2015). Die griechische Regierung suchte am nächsten Tag die Konfrontation und beschloss dennoch das Gesetz, das hunderttausenden Menschen Unterstützung bei Lebensmitteln, Energie und Wohnen zusichert, ohne dass dies unmittelbar Konsequenzen nach sich zog. Trotzdem zeigt sich darin, dass nun der Troika die Aufgabe zufällt, den grundsätzlichen politischen Konflikt über jede einzelne Maßnahme auszutragen.

Auch die Hoffnung, dass die EZB offener als andere Institutionen gegenüber einem Politikwechsel wäre, wurde enttäuscht. Im Gegenteil hat die EZB schon vor den Wahlen gezeigt, dass sie nach wie vor dem neoliberalen Klassenprojekt verpflichtet ist und keineswegs auf einen keynesianischen Kurs eingeschwenkt ist (vgl. Sablowski 2015). Der EZB geht es darum, eine politische Alternative schon im Keim zu ersticken und den Druck auf Syriza zu erhöhen, damit diese in den Verhandlungen nachgibt. Unmittelbar nach den Wahlen beschloss die EZB, massiven Druck aufzubauen: Sie erklärte, künftig griechische Staatsanleihen nicht

mehr als Sicherheit zu akzeptieren. Damit schnitt sie den griechischen Bankensektor über Nacht von der Liquiditätsversorgung ab. Das war nichts anderes als ein erster Schritt zum Rauswurf aus dem Euro. Griechische Banken können sich nur noch über Notkredite der griechischen Nationalbank refinanzieren (Ederer: 2015). Die sind aber in der Summe begrenzt. Die EZB muss jeder Ausweitung zustimmen und kann sie jederzeit ablehnen. Zudem sind die Zinsen auf diese Kredite wesentlich höher als die der EZB. Die EZB mit ihrem undemokratischen Charakter und der ihr eingeschriebenen neoliberalen Orientierung (vgl. Sablowski 2015) kann so zu einem zentralen Stolperstein für die Durchsetzung einer politischen Alternative innerhalb der Eurozone werden.

Regieren im europäischen Minenfeld

Insgesamt stellt sich die Situation auf europäischer Ebene als enorm schwierig dar. Die zentralen Akteure auf EU-Ebene haben die letzten Monate alles daran gesetzt, Syriza scheitern zu lassen. Dabei geht es keineswegs um ökonomische Interessen im engeren Sinne. Dafür ist die wirtschaftliche Bedeutung Griechenlands viel zu gering. Vielmehr dreht sich die Auseinandersetzung um die Frage, ob eine politökonomische Alternative innerhalb der Eurozone möglich ist. Die vier Monate bis zum Auslaufen des Brückenabkommens vom 20. Februar waren voller Fallen. Griechenland steht unter enormem wirtschaftlichen Druck. Jede größere Rückzahlung an Zinsen ist eine Zitterpartie. Die Gegenseite weiß die Tatsache, dass ausgerechnet jetzt besonders viele Zahlungen fällig werden, geschickt zu nützen. Die Auseinandersetzung über eine Reformliste ist dabei zur Farce verkommen. Jeder Vorschlag Griechenlands wird als nicht ausreichend zurückgewiesen. Die griechische Regierung steht mit dem Rücken zur Wand (Badiou/Kouvelakis 2015). Die Regierung befindet sich in einem Rückzugsgefecht. Ging es anfangs noch darum, das eigene Programm umzusetzen, werden nun vor allem „rote Linien" (keine Kürzungen bei Pensionen, keine Anhebung der Mehrwertsteuer, keine Deregulierungen des Arbeitsmarktes) verteidigt, während zentrale Wahlversprechen, wie etwa die Anhebung des Mindestlohns oder die Anhebung des Steuerfreibetrages von bisher 5.000 auf 12.000 Euro in die unbestimmte Zukunft verschoben wurden (vgl. Kadritzke 2015). Dieser Rückzug ist teilweise natürlich das Ergebnis des Drucks von außen, aber reflektiert auch die engen budgetpolitischen Spielräume und die Ungewissheit über die nahe Zukunft. Ein Faktor, den Griechenland langsam zu nutzen beginnt, ist die geopolitische Dimension des Konflikts. Das Kokettieren mit Russland in wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Fragen setzt die EU angesichts des Konflikts um die Ukraine unter Druck und bietet zugleich die Perspektive für einen Plan B.

Nationale Kräfteverhältnisse: An der Regierung, nicht an der Macht

Nationaler Diskurs

Während Syriza auf dem europäischen Parkett unter großem Druck steht, scheint ihr auf nationaler Ebene erst einmal der Durchbruch gelungen. Auch wenn die Euphorie der ersten Wochen verflogen ist, zeigen die Umfragen, dass Syriza noch stärker als vor den Wahlen ist. Sofern Umfragen ein einigermaßen adäquates Bild der Stimmung in der griechischen Bevölkerung abbilden, zeigen sie aber durchaus widersprüchliche Tendenzen. Zwar wünschen sich 65 Prozent einen Kompromiss mit der Eurogruppe, doch zugleich wollen knapp 57 Prozent, dass die Regierung ihre roten Linien (Mindestlöhne, Pensionen, Mehrwertsteuern) nicht überschreitet (Greek Reporter 2015a). Die Opposition hat vorübergehend die Fähigkeit zum Handeln verloren. Auch der kleine konservative Koalitionspartner ANEL hat bislang keine besondere Strahlkraft entwickeln können. Unter den gegebenen Bedingungen scheint diese Koalition tatsächlich die beste Option gewesen zu sein (Griechenland entscheidet 2015a). Für Syriza ist zentral, dass ANEL sie bei einer harten Verhandlungslinie in der Eurogruppe unterstützt. Dennoch mussten natürlich Zugeständnisse gemacht werden: Die orthodoxe Kirche, die über großen Landbesitz verfügt, wird weiterhin nicht besteuert, und ausgerechnet einem Konservativen das Verteidigungsministerium zu überlassen, ist nicht nur im Hinblick auf die notwendige Kürzung des exorbitanten Militärhaushaltes ein riskantes Unterfangen. Doch obwohl Syriza innenpolitisch gut dazustehen scheint, stellt sich die Situation bei genauerer Betrachtung anders dar. Die bisherigen Maßnahmen der Regierung zeigen ein durchwachsenes Bild. Einerseits wurden trotz des Drucks von außen einige zentrale Forderungen umgesetzt. Der Beschluss über ein Gesetz gegen die humanitäre Krise Mitte März bedeutet zwar wichtige Hilfe im Bereich Nahrung, Wohnung und Energie für rund 150.000 Familien. Aber die dafür veranschlagten Budgetmittel liegen weit unter dem, was Syriza ursprünglich plante. (Griechenland entscheidet 2015b) Auch mit der Wiedereinstellung des Reinigungspersonals im Finanzministerium und der Wiederherstellung des öffentlich rechtlichen Rundfunksenders ERT hat die Regierung zwei wichtige Forderungen umgesetzt (vgl. Greek Reporter 2015a, 2015b). Ansonsten befindet sich ihr Programm aber weitgehend in der Schwebe und sie muss zunehmend zu fragwürdigen Maßnahmen greifen, um die Staatsschulden weiter begleichen zu können. Insbesondere ein Gesetz, das Kommunen und Sozialversicherungen dazu zwingen soll, ihre Geldreserven bei der Nationalbank zu hinterlegen, führt zu zunehmendem Widerstand. Die Mehrheit der Gemeinden verweigert bisher diesen Schritt und zeigt damit zugleich auch, dass Syriza durchaus keine volle Kontrolle über die Staatsapparate hat (*Der Standard*, 13.5.2015).

Die neue Regierung verdeckt Widersprüche vorerst hinter einer teilweise nationalen Rhetorik. Für eine linke Partei mit einer Orientierung auf Klassenkämpfe besteht dabei die Gefahr, dass sie auf dem Weg zum Staatsprojekt ihren radikalen Charakter verliert (vgl. Papadopoulou/Spourdalakis 2015). Hinzu kommt aber, dass sich diese Widersprüche zwar vorerst rhetorisch zudecken lassen, aber bearbeitet werden müssen, sobald es an weitere konkrete Maßnahmen geht. Syrizas Sofortprogramm und seine Gegenfinanzierung wird auch intern auf Widerstand stoßen. Zwar gibt es durchaus binnenorientierte Kapitalfraktionen, wie etwa die mächtige Baubranche, die einer Modernisierung des Landes durchaus offen stehen würden. Forderungen wie die Anhebung des Mindestlohnes oder die Einführung von Lizenzgebühren für private Fernsehsender werden aber in der Tourismusindustrie bzw. den privaten Medien ebenso auf Widerstand stoßen, wie es die Herrschenden insgesamt wenig freuen dürfte, sollte die Regierung tatsächlich ihr Eigentum empfindlich besteuern. Bisher hat Syriza hier nur einen Anfang geleistet, etwa indem damit begonnen wurde, gegen Steuerhinterziehung vorzugehen. Die Konflikte mit internen Kapitalfraktionen werden aber zunehmen.

Ökonomische Perspektiven

Unmittelbar sind die ökonomischen und sozialen Probleme am drängendsten. Die von der EZB mit ihren Entscheidungen angestoßene Kapitalflucht setzt die griechischen Banken unter hohen Druck. Dabei geht es offenbar nicht mehr nur um Teile der herrschenden Klassen, die ihre Konten leer räumen. Auch jene Teile der Mittelklassen, die noch Erspartes haben, fühlen sich wohler, wenn sie die Euro in bar bei sich zuhause haben. Unter diesen Bedingungen werden Kapitalverkehrskontrollen nicht mehr ausgeschlossen. Diese wären aber ein weiterer Schritt in Richtung Euroaustritt. Die staatlichen Geldreserven werden für die Rückzahlung von Zinsen verwendet, während es immer prekärer wird, staatliche Leistungen, Gehälter und Pensionen aufrechtzuerhalten. Der Vorschlag mit IOUs (Schuldscheinen) eine Parallelwährung aufzubauen (vgl. Legrain: 2015), ist hier nur wenig hilfreich. Während der Euro zur Abzahlung von Schulden verwendet würde, würden Löhne und Pensionen massiv abgewertet und der Lebensstandard der Menschen stark abgesenkt.

Bisher fehlt es aber auch an einem tragfähigen Programm zur produktiven Rekonstruktion der griechischen Wirtschaft. Daran anknüpfend sind Konflikte vorprogrammiert. Wie wird sich Syriza mit einem starken linksökologischen Flügel zukünftig zu den Versuchungen extraktivistischer Modelle verhalten? Die bisherigen Ankündigungen, alle legalen Möglichkeiten auszuschöpfen, um das Goldminenprojekt in Chalkidiki zu beenden, sind hier erst mal ermutigend. Aber der Druck wird nicht abnehmen, dieses oder ähnliche Projekte doch zu verwirklichen.

Partei, Staat, Bewegung

Die vielleicht wichtigste Frage für die Zukunft des linken Regierungsprojekts ist aber das Verhältnis von Partei, Staat und Bewegung. Stathis Kouvelakis beschreibt die Problematik in Hinblick auf Syriza treffend: „Wir müssen den Staat übernehmen, ohne selbst vollkommen vom Staat übernommen zu werden." Damit sind wir bei dem angelangt, was Althusser (1979, 49) einmal treffend als die „Falle Nr.1" bezeichnet hat. Entscheidend ist hier nicht nur die Rolle der Partei zum Staat, sondern auch ihre Beziehung zu den sozialen Bewegungen und Kämpfen.

Auf den ersten Blick trivial, aber nicht weniger bedeutend, ist zunächst das personelle Problem. Syriza war bis vor der Krise eine Vier-Prozent-Partei. Der Kader der Partei entspricht noch weitgehend dieser Größe. Syriza konnte das Stimmenwachstum der letzten Jahre nicht in einen entsprechenden Zuwachs an AktivistInnen übersetzen. Das wird nun als Regierungspartei auch nicht unbedingt leichter. Die Parteistruktur leidet bereits stark darunter, dass ein großer Teil der Kader nun in die Staatsapparate geht (Papadopoulou/Spourdalakis 2015). Umgekehrt besteht aber auch das Problem, dass der Partei Leute fehlen, um strategisch wichtige Positionen in den Staatsapparaten zu besetzen. Die Ankündigung, wesentlich weniger Personen in den Kabinetten auszutauschen, als das bisherige Regierungen getan haben, ist daher auch nur begrenzt als Maßnahme gegen den Klientenismus zu werten. Diese Posten könnten kaum mit politisch integren Personen besetzt werden. Zudem steht der Staatsapparat der neuen Regierung teilweise feindlich gegenüber. Die Partei hat zwar aufgrund der Kürzungen der letzten Jahre im öffentlichen Dienst Sympathien gewonnen, doch von der ganzen Struktur her sind es noch die alten Staatsapparate.

Der Druck der EU-Ebene verstärkt die Konflikte innerhalb von Syriza. Während ein Teil der Partei einen „ehrenvollen" Kompromiss aushandeln will, sieht sich die Linke Plattform (die ein gutes Drittel der Partei ausmacht) in ihrer Analyse bestätigt, dass ein Bruch mit dem Neoliberalismus auch einen Bruch mit dem Euro erfordert (vgl. Badiou/Kouvelakis 2015). Die herrschenden Kräfte wissen um die Konflikte und versuchen sie zu vertiefen, indem sie bspw. einer Spaltung der Partei das Wort reden. Bislang gibt es keine Anzeichen, dass es tatsächlich zu einer Spaltung der Partei kommen könnte. Alle wesentlichen Teile der Partei wissen über die Besonderheit ihres Projekts und haben sich über Jahre eine produktive Streitkultur angeeignet. Dennoch besteht die Möglichkeit, dass sich Konflikte über konkrete Maßnahmen noch weiter zuspitzen.

Schließlich ist die Frage entscheidend, inwiefern sich die Regierung in der Konfrontation auf soziale Bewegungen stützen kann, die die Regierung nicht nur unterstützen, sondern auch vorantreiben. Die massiven sozialen Bewegungen der Plätze aus dem Sommer 2011 sind jedoch abgeebbt. Die Menschen haben über Jahre die Erfahrung gemacht, dass ihr Massenprotest zu keinerlei Ände-

rung des Regierungskurses geführt hat. Das hat die Bewegungen demobilisiert. Der Erfolg Syrizas erklärt sich gerade daraus, dass es der Partei gelungen ist, den Protest parteipolitisch zu artikulieren. Jetzt fehlt aber der Druck von der Straße. Die beeindruckenden Mobilisierungen zur Unterstützung der Regierung in den Verhandlungen (vgl. Badiou/Kouvelakis 2015) sind inzwischen wieder verschwunden. Das ist nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass es durch die Verhandlungen zu einer zunehmenden „Technokratisierung des öffentlichen Diskurses" (Papadopoulou/Spourdalakis 2015) gekommen ist. Als einzige Ausnahme von der Schwäche sozialer Bewegungen kann vielleicht die anarchistische Bewegung gelten, der es mit spektakulären Aktionen gelungen ist, die Situation von AsylbewerberInnen und die Haftbedingungen in griechischen Hochsicherheitsgefängnissen auf die politische Tagesordnung zu setzen, während die Regierung in diesen Bereichen erste Schritte unternahm oder ankündigt.

Insgesamt müssen die sozialen Bewegungen erst einmal ihr Verhältnis zu der neuen Regierung bestimmen. Einerseits gilt es, diese voranzutreiben, anderseits gibt es in den sozialen Bewegungen auch ein Wissen über die begrenzten ökonomischen Spielräume der Regierung, die viele partikulare Forderungen nur scheitern lassen können. Die Vielzahl solidarischer Initiativen, wie Solidaritätskliniken oder die Bewegung „Ohne Mittelsmann" haben zudem in vielen Bereichen den zerstörten Sozialstaat ersetzt. Zum einen kämpfen die Initiativen seit Jahren gegen die Zerstörung sozialer Infrastruktur, zum anderen haben sie aber in den vergangenen Jahren selbst demokratische Praxen entwickelt. Jetzt, wo es an den Wiederaufbau sozialer Infrastruktur geht, stellt sich für die solidarischen Initiativen daher auch die Frage, wie sie nicht einfach überflüssig werden, sondern ihre Erfahrungen und Praxen in den Sozialstaat einschreiben können. Syriza als „verbindende Partei" (Candeais/Völpel 2015: 174) verfügt hier mit Strukturen wie „Solidarity for All" zwar über bevorzugte Kanäle für diese Akteure, aber es stellt sich die Frage, ob sich diese Verbindung auch in die Staatsapparate übersetzen lassen kann.

Fazit

Syriza hat nach den ersten Wochen der Regierung die Fähigkeit zur Initiative verloren. Alles konzentriert sich auf die Verhandlungen mit Troika und Eurogruppe. Die finanziellen Ressourcen des Staates sind enorm begrenzt. Die FinanzministerInnen der Eurogruppe und die Troika haben bisher alles daran gesetzt, Syriza zur Kapitulation zu zwingen. Trotz des steigenden Drucks hat die neue Regierung bisher aber in den zentralen Fragen nicht nachgegeben. Der taktische Rückzug hat nicht zu einer Preisgabe des politischen Programms für Griechenland geführt.

Die Regierung hat aber auch nicht die Initiative ergriffen, um das Programm umzusetzen. Einzig ein erstes Gesetz zur Bekämpfung der humanitären Krise und die Wiedereinführung des öffentlich rechtlichen Rundfunksenders ERT symbolisieren bisher ihre Absicht, mit dem Programm voranzuschreiten. Insgesamt ist die Initiative vorerst wieder an die Herrschenden übergegangen. Sie sind es, die Griechenland angesichts des drohenden Staatsbankrotts mit Ultimaten und Forderungen nach Reformlisten unter Druck setzen können.

Von außen betrachtet, stellt sich Syriza vor allem für die radikale europäische Linke bisweilen wankelmütig dar. An einem Tag wird kolportiert, die Regierung wolle doch die Renten kürzen, dieses oder jenes privatisieren, nur damit am nächsten Tag Tsipras in einer feurigen Rede wieder die linke Seele streichelt. Diese Situation ist zu einem Teil natürlich der boshaften Berichterstattung in internationalen Medien geschuldet. Aber sie verweist auch auf den enormen Druck, dem die Partei ausgesetzt ist – sowohl von oben und unten als auch durch die Konflikte, die dadurch in der Partei selbst entstehen.

Perspektivisch ergeben sich im Wesentlichen drei Szenarien. *Erstens* könnte es Syriza tatsächlich gelingen, einen substanziellen Kompromiss mit der Eurogruppe auszuhandeln. Ein solcher Kompromiss würde der griechischen Regierung und dem Parlament die Hoheit über den Inhalt der Reformen zurückgeben. Griechenland würde selbst definieren, wie es den Staatshaushalt konsolidiert – ein Ziel, das auch von Syriza nicht infrage gestellt wird – und zwar in erster Linie einnahmeseitig. Damit das passiert, müssten wesentliche Teile der Eurogruppe aber größere Angst vor den ökonomischen und geopolitischen Folgen eines Bruchs haben. Ein Einschwenken der Eurogruppe würde schließlich auch massiven Druck von unten erfordern. Widersprüche der Herrschenden werden sich wahrscheinlich nur durch Druck von unten öffnen. Dieser ist derzeit aber nicht in Sicht. *Zweitens* besteht die Gefahr, dass Syriza kapituliert, d.h. die Forderungen von Eurogruppe und Troika nach weiteren Kürzungen und neoliberalen Strukturreformen erfüllt. Das ist das bevorzugte Szenario der Herrschenden, weil es zeigen würde, dass auch Syriza nur eine Partei wie alle anderen ist. Die politische Alternative würde damit vom Horizont Europas verschwinden. Für ein Einknicken spricht vor allem, dass Syriza bisher wenig dafür getan hat, um die Menschen auf eine schärfere Konfrontation und einen möglichen Bruch mit der Eurozone vorzubereiten. Es stellt sich aber genauso die Frage, ob die Parteilinke und die sozialen Bewegungen durch Mobilisierungen eine Kapitulation nicht verhindern könnten. Die zunehmende Betonung der „roten Linien" lassen eine völlige Kapitulation der Regierung derzeit ebenfalls nicht als wahrscheinlich erscheinen. *Drittens* besteht die Möglichkeit eines Ausscheidens Griechenlands aus der Eurozone, wobei das in geordneten Bahnen nach Verhandlungen, oder aber unkontrolliert als Angriff auf Griechenland geschehen könnte. Syriza hat zwar ein

Mandat für eine Konfrontation, aber nicht für einen Bruch. Es scheint aber auch nicht ausgeschlossen, in einer sich verschärfenden Konfrontation gesellschaftliche Mehrheiten dafür zu organisieren. Die Ankündigung von Alexis Tsipras, ein Referendum bei einem Scheitern der Verhandlung anzusetzen, scheint dabei im Augenblick die beste Möglichkeit die Initiative zurückzugewinnen. Gelingt der Regierung kein Verhandlungsergebnis ohne Überschreiten ihrer roten Linien, wird die Auseinandersetzung aus den Verhandlungszimmern der Eurogruppe zurück auf die Straßen und an die Wahlurnen gebracht. Auch wenn die Frage anders gestellt wird, so wird es doch um den Verbleib im Euro gehen. Dafür die gesellschaftliche Stimmung zu schaffen, scheint jedenfalls zum gegenwärtigen Zeitpunkt realistischer als die Bekehrung der Eurogruppe.

Ein Bruch mit dem Euro würde einerseits gravierende soziale und ökonomische Folgen haben, aber zugleich der Regierung und der Partei die Initiative für ihr transformatorisches Programm zurückgeben. Nichtsdestotrotz gilt es auch hinsichtlich eines möglichen Euroaustritts, keiner Souveränitätsillusion zu verfallen. Auch ein Griechenland mit einer eigenen Währung wird sich mit den Realitäten von Finanzmärkten und imperialistischer Kette (Poulantzas 1979: 45) auseinandersetzen müssen.

Literatur

Badiou, Alain/Kouvelakis, Stathis (2015): Dangerous Days Ahead. URL: jacobinmag.com/2015/04/greece-syriza-euro-austerity, Zugriff: 10.5.2015.

Budgen, Sebastian/Kouvelakis, Stathis (2015): Phase One. URL: jacobinmag.com/2015/01/phase-one, Zugriff: 10.5.2015.

Handelsblatt (25.2.2015): „Es wird kein Euro vorher bezahlt". URL: handelsblatt.com/politik/international/schaeuble-zu-griechenland-es-wird-kein-euro-vorher-bezahlt/11421770.html, Zugriff: 10.5.2015.

Hay, Colin (2002): *Beyond Structure versus Agency, Context versus Conduct*. In: derselbe: *Political Analysis*, Houndsmill: 89-132.

Candeias, Mario/Völpel, Eva (2014): *Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise*, Hamburg.

Der Standard (13.5.2015): Griechische Bürgermeister verweigern Staat Finanzhilfe. URL: http://derstandard.at/2000015742912/Griechische-Buergermeister-verweigern-Staat-Hilfe, Zugriff: 10.5.2015.

Ederer, Stefan (2015): EZB erpresst Griechenland und gefährdet die Währungsunion, in; mosaik – Politik neu zusammensetzen. URL: http://mosaik-blog.at/ezb-erpresst-griechenland-und-gefaehrdet-damit-die-waehrungsunion/, Zugriff: 10.5.2015.

Financial Times (22.3.2015): No cash for Athens until reforms in place, says Spain. URL: http://www.ft.com/intl/cms/s/0/860e8416-d092-11e4-982a-00144feab7de.html#axzz3WdQnEW4W, Zugriff: 10.5.2015.

Gill, Stephen (1998): European Governance and New Constitutionalism: Economic and Monetary Union and Alternatives to Disciplinary Neoliberalism in Europe. In: *New Political Economy* 3(1): 5-26.

Griechenland Entscheidet (2015a): Hoffnung statt Zynismus. Vier Thesen zur Griechenland-Wahl. In: mosaik – Politik neu zusammensetzen. URL: http://mosaik-blog.at/hoffnung-statt-zynismus-vier-thesen-zur-griechenland-wahl, Zugriff: 10.5.2015.

Griechenland Entscheidet (2015b). URL: facebook.com/griechenlandentscheidet/posts/1065915523421966, Zugriff: 10.5.2015.

Greek Reporter (2015a): Poll: 66% of Greeks Favor Deal, 31% Want Rift with Europe. URL: greece.greekreporter.com/2015/05/11/poll-66-of-greeks-favor-deal-31-want-rift-with-europe/#sthash.bRssaNs6.dpuf, Zugriff: 10.5.2015.

– (2015b): National Broadcaster ERT Reopens Amid Disagreements. URL: greece.greekreporter.com/2015/05/11/national-broadcaster-ert-reopens-amid-disagreements/#sthash.1HH7jzqJ.dpuf, Zugriff: 10.5.2015.

– (2015c): Rehired Cleaners Celebrate With Greek Cabinet Members. URL: greece.greekreporter.com/2015/05/11/rehired-cleaners-celebrate-with-greek-cabinet-members/#sthash.ru8TRXu7.dpuf, Zugriff: 10.5.2015.

Kathimerini (1.4.2015): Greek Reforms In the context of the 20/02/2015 EUROGROUP Agreement. URL: http://s.kathimerini.gr/resources/article-files/h-lista-twn-ellhnikwn-metarry-8misewn.pdf, Zugriff: 10.5.2015.

Kadritzke, Niels (2015): Syrizas Entgegenkommen. URL: nachdenkseiten.de/?p=26019, Zugriff: 12.5.2015.

Konecny, Martin (2012): Die Herausbildung einer neuen Economic Governance als Strategie zur autoritären Krisenbearbeitung in Europa – gesellschaftliche Akteure und ihre Strategien. In: PROKLA 42(3): 377-395.

Legrain, Phillip (2015): Greece needs to start play Hardball with Germany; In: Foreign Policy. URL: http://foreignpolicy.com/2015/04/10/greece-needs-to-start-playing-hardball-with-germany, Zugriff: 10.5.2015.

Mason, Paul (2015): Don't pass new anti-poverty law, commission tells Greece. URL: blogs.channel4.com/paul-mason-blog/pass-antipoverty-law-commission-tells-greece/3467, Zugriff: 10.5.2015.

Mittendrein, Lisa/Schwarz, Valentin (2014): If Syriza wins the Greek election, what will happen next? URL: redpepper.org.uk/if-syriza-wins-the-greek-election-what-will-happen-next, Zugriff: 10.5.2015.

Oberndorfer, Lukas (2012): Hegemoniekrise in Europa – Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetatismus? In: Forschungsgruppe 'Staatsprojekt Europa' (Hg.): *Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling*, Münster: 50-72.

– (2015): Griechenland: Für einen europäischen Frühling. URL: mosaik-blog.at/griechenland-fuer-einen-europaeischen-fruehling, Zugriff: 10.5.2015.

Poulantzas, Nicos (1979): Classes in Contemporary Capitalism. London-New York

Renner, Jens (2015): Italiens Troika. Nur zögerlich formiert sich Widerstand gegen Matteo Renzis autoritäre Politik. In: ak – analyse & kritik, Nr. 603.

Sablowski, Thomas (2015): Für die EZB gibt es keinen stabilen Zustand (Interview). URL: topberlin.net/de/texte/beitraege/fuer-die-ezb-gibt-es-keinen-stabilen-zustand, Zugriff: 10.5.2015.

Schwarz, Valentin (2015): Griechenland: Wenn die Halbstarken recht haben. URL: mosaik-blog.at/griechenland-wenn-die-halbstarken-recht-haben, Zugriff: 10.5.2015.